



Foto: ddp

CSU-Wahlkampfauftakt

## Aufruf zum Neuanfang!

Mit dem Aufruf zu einem Neuanfang in Deutschland haben Unions-Kanzlerkandidatin Angela Merkel und der CSU-Vorsitzende Edmund Stoiber in München die heiÙe Wahlkampfphase eröfnet.

Die beiden Parteivorsitzenden riefen auf der Wahlkampfauftaktveranstaltung

der CSU zum Kampf um jede Stimme auf.

Angela Merkel erklärte die Bundestagswahl am 18. September zu einer Richtungsentscheidung für Deutschland. „Weil es heute um den richtigen Umbau der Bundesrepublik Deutschland geht, deshalb ist diese Wahl eine Schicksalswahl“, so die ▶

### INHALT

Online-Wahlkampf:  
Neues Wahlkampfportal  
vorgestellt

Seite 4–5

teAM Zukunft:  
Das Team wächst und  
wächst

Seite 11

## HEUTE AKTUELL

■ CSU-Wahlkampfauftakt: Aufruf zum Neuanfang (S. 1–3) ■ Infokasten: Strukturdaten zu den Bundestagswahlkreisen 2005 (S. 5) ■ Internet-Wahlkampf: Virtueller Schlagabtausch (S. 6) ■ Jörg Schönbohm: Was bleibt von Rot-Grün? (S. 7–8) ■ Web-Tipp: Wahlkampf im Internet (S. 8) ■ Agrarprogramm der CDU: Gesunde Lebensmittel, innovative Landwirtschaft (S. 9) ■ Volker Kauder: Danke, Klaus Wowereit! (S. 10) ■ Steffen Kampeter: Nürnberg plündert Berlin (S. 11) ■ Maria Eichhorn: Rot-Grün uneins über Ehegattensplitting (S. 12) ■ Katharina Reiche: Ausbildungshemmnisse beseitigen – Lehrlingsvergütung auf den Prüfstand (S. 12 – 13) ■ Hartmut Koschyk: Sicherheitspolitische Kakophonie zeigt Konzeptionslosigkeit der SPD (S. 13 – 14) ■ Wolfgang Zöllner/Andreas Storm: Rot-Grün macht Rentenkasse zum Bittsteller (S. 14)

► Parteivorsitzende der CDU. Nach sieben Jahren rot-grüner Bundesregierung dürfe es ein „Weiter so“ nicht geben, sondern die Politik müsse sich grundsätzlich ändern. Rot-Grün hinterlasse fünf Millionen Arbeitslose, das schwächste Wirtschaftswachstum Europas und Rekordschulden. Jeden Tag gehen 1000 Arbeitsplätze in Deutschland verloren, Betriebe wandern ab. Doch Deutschland könne es besser. „Wir brauchen Wachstum, wir brauchen Arbeit, wir brauchen Sicherheit“ – das seien die zentralen Botschaften der Union, so die Kanzlerkandidatin. Die soziale Marktwirtschaft müssen wieder auf eine solide Grundlage gestellt wer-

den. Der Weg dahin ist steinig, „aber es gibt keine Alternative“.

Vor etwa 600 Anhängern warb Merkel für das Regierungsprogramm von CDU und CSU. „Wir wollen das Vertrauen der Menschen wieder gewinnen, indem wir unseren Wählern sagen, was wir wollen“, erklärte die Parteichefin. Man müsse den „nicht ganz einfachen“ Schritt einer Mehrwertsteuererhöhung auf 18 Prozent gehen, weil die Arbeit billiger gemacht werden müsse. Dieser Schritt sei notwendig zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit und zur Sicherung der Rente, denn nur so könnten die Lohnnebenkosten gesenkt, die Unternehmen entlastet und die Netto-



## IMPRESSUM

**UID**

UNION IN DEUTSCHLAND — Informationsdienst der Christlich Demokratischen Union Deutschlands. Für den Inhalt verantwortlich: Harald Walter, Klingelhoyerstraße 8, 10785 Berlin, Telefon 0 30-2 20 70-372, E-Mail: uid@cdu.de, Verlag: Union Betriebs GmbH, Egermannstraße 2, 53359 Rheinbach, Telefon 0 22 26-8 02-0, Telefax 0 22 26-8 02-1 11-3 33. Vertrieb: Telefon 0 22 26-8 02-213, E-Mail: oliver.murmann@ubg-medienzentrum.de. Verlagsleitung: Bernd Profitlich. Bankverbindung: Sparkasse Bonn, Konto Nr. 7510183 (BLZ 380 500 00), Postbank Köln Nr. 1937 95-504 (BLZ 370 100 50). Abonnementspreis jährlich 32,00 € Einzelpreis 1,00 €. Abbestellung schriftlich oder per E-Mail nur unter Einhaltung einer Frist von 3 Monaten zum Quartalsende. Herstellung: Vereinigte Verlagsanstalten GmbH, Düsseldorf.



Als Symbol für den Aufstieg schenkte Edmund Stoiber Kanzlerkandidatin Angela Merkel eine Bergsteigerausrüstung als Gastgeschenk.

Löhne erhöht werden. Auch der geplante Umbau des Gesundheitswesens diene letztlich dazu, Arbeitsplätze zu sichern und neue zu schaffen. Merkel forderte „ein Mehr an Freiheit“, das CDU und CSU für die Menschen erreichen wollten. CSU-Chef Stoiber sicherte Angela Merkel dafür die volle Unterstützung der CSU zu. Angela Merkel sagte, der Weg der Union sei zwar beschwerlicher als die leeren Versprechungen der SPD und des neuen Linksbündnisses. Am Schluss biete das Konzept aber die Perspektive „auf ein besseres Leben“. „Wir wollen dieses Land wieder regieren. Ich möchte Kanzlerin aller Deutschen werden“, versprach die Partei- und Fraktionsvorsitzende kämpferisch. Einen speziellen Ost-Wahlkampf werde es deswe-

gen nicht geben. Es gehe darum, einen Weg für alle Menschen zu finden. „Nur wenn es ganz Deutschland wieder gut geht, wird der Aufbau der neuen Bundesländer besser gelingen“, betonte Angela Merkel. Allerdings würden die Unionspolitiker bei ihren Wahlkampfauftritten natürlich immer „die Menschen dort abholen, wo sie sind“. Schröder dagegen sei der Osten „schnuppe“. „Das Kaffeetrinken mit den Cousins hat gar nichts gebracht.“

Angesichts hoher Umfragewerte der neuen Linkspartei warnte Angela Merkel die Bürger eindringlich vor einer Protestwahl im September. Viele Hoffnungen ostdeutscher Bürger seien in der Vergangenheit enttäuscht worden, und sie habe Verständnis für die Enttäu-

schung dort. Eine Alternative zur Protestwahl sei es, mit der Union auf einen beschwerlichen Weg zu setzen, der aber bessere Zukunftsperspektiven biete.

Die Bundesregierung habe eine „verheerende Bilanz“ vorzuweisen, machte der CSU-Vorsitzende Edmund Stoiber deutlich. „Rot-Grün ist verbraucht!“ Der bayerische Ministerpräsident kritisierte zudem: „Rot-grüne Ideologie kann mit so wichtigen Werten wie Heimat, Patriotismus und Nation nichts anfangen“ und halte immer noch an der „Utopie“ einer multikulturellen Gesellschaft fest.

CSU-Chef Stoiber sagte, Deutschland stehe in sieben Wochen vor der Wahl zwischen einer rot-rot-grünen Linksfront und einer bürgerlichen Koalition. Er bekräftigte: „Die Alternative zu uns ist Rot-Grün mit Duldung oder Unterstützung von Lafontaine und Gysi. Das wäre eine Katastrophe für unser Land!“

Kanzlerkandidatin Angela Merkel und Ministerpräsident Edmund Stoiber betonten: „CDU und CSU stehen zusammen.“ Die Union habe „das bessere Programm und die besseren Köpfe“, so Stoiber. Gemeinsam kämpfe man für einen Regierungswechsel in Deutschland.

Online-Wahlkampf

## Neues Wahlkampfportal vorgestellt

**CDU-Generalsekretär Volker Kauder wünscht sich einen „soliden, anständigen und korrekten“ Wahlkampf, auch im Internet.**

Zugleich sollen sich die Bürgerinnen und Bürger online umfassend über „unsere Inhalte und Aktionen informieren können“, sagte der oberste Wahlkampf-Manager der Christdemokraten bei der Präsentation des Wahlkampfportals **www.cdu.de**. Dabei ist der neue Internet-auftritt mehr als eine reine Informationsseite, setzt sie doch mit ihren grafischen Elementen sehr starke optische Akzente.

Um Nutzern entgegenzukommen, die nur in Wahlkampfzeiten auf den Parteiseiten vorbeischaun und wenig Zeit zum Lesen des Regierungsprogramms mitbringen, finden sich unter den Stichworten „Arbeit“, „Wirtschaft“, „Steuern“, „Bildung“, „Familie“, „Soziales“ und „Sicherheit“ kurz und knapp die Kernbotschaften der Union. Natürlich können sich Interessierte über **www.cdu.de** auch das gesamte Regierungsprogramm herunterladen und in Ruhe durchlesen. Abgerundet wird das Ange-



Generalsekretär Volker Kauder stellt das neue Wahlkampfportal **www.cdu.de** vor.

bot durch Audio- und Videodateien.

Neu findet sich auf dem Wahlkampf-Portal der Link auf die Sonderseite **www.leere-versprechen.de**. Die Aussagen von Kanzler Schröder und seiner Regierungsmannschaft wurden vor allem von den Freiwilligen des „teAM Zukunft“ zusammengetragen. „Hier ist die ganze Mannschaft des Regierungs-Chaos mit all ihren Sprüchen versammelt“, betonte Generalsekretär Kauder. Zusammen mit den programmatischen Aussagen von SPD und Grünen werde so deutlich, wo die „Hauptursache für den großen Vertrauensverlust in die Politik“ zu suchen sei. Daneben setzt die CDU auf die

gesonderte Ansprache von einzelnen Zielgruppen, darunter Jugendliche und Senioren. Berührungsängste mit dem Internet gibt es übrigens überhaupt keine. Wie der Generalsekretär betonte, gingen inzwischen 85 Prozent der Anfragen, die die CDU erreichten, via E-Mail ein.

Um den Falschbehauptungen und leeren Versprechen der SPD klare und verlässliche Tatsachen gegenüberzustellen, greift die CDU auf das bewährte Wahlkampf-Tool **www.wahlfakten.de** zurück. (Sonderbericht Seite 6). Auf Weblogs will die CDU verzichten. Mit Blick auf die knapp bemessene Zeit der Spitzenpolitiker bezeichnete

Angriffsportal der CDU: [www.leere-versprechen.de](http://www.leere-versprechen.de)

es Generalsekretär Kauder als wenig glaubwürdig, dass sie die Logs tatsächlich selbst verfassen würden. Auch hier gelte, dass die CDU die „Leute nicht hinter's Licht“ führe, sondern auf authentische Inhalte setze. In diesem Zusammenhang kündigte Kauder

an, er stehe für Chats auf [www.cdu.de](http://www.cdu.de) zur Verfügung.

Auch die 575.000 CDU-Mitglieder kommen während des Wahlkampfes nicht zu kurz. Im neuen Mitgliedernetz, das für die Ansprüche eines modernen Wahlkampfes optimiert wurde,

finden sie unter [www.cdu-net.de](http://www.cdu-net.de) alle wichtigen Informationen, angefangen vom Flugblatt bis zu politischen Analysen und Hilfsmitteln für die Partearbeit. Daneben sorgt ein SMS-Service für den unmittelbaren Draht zu den Mandats- und Funktionsträgern der Partei.

Mit Blick auf die Zugriffszahlen betonte Kauder, dass die elektronischen Medien aus einem modernen Wahlkampf nicht mehr wegzudenken seien: Allein im Monat Juli habe die Homepage [www.cdu.de](http://www.cdu.de) 4,2 Mio. Pageviews registriert. Im umgekehrten Verhältnis zur Reichweite stehen dabei die Kosten: So macht der Online-Wahlkampf nur ein Prozent des CDU-Wahlkampfetats in Höhe von 18 Mio. Euro aus. Auch hier kann „weniger mehr sein“, betonte der Generalsekretär.

## STRUKTURDATEN ZU DEN BUNDESTAGSWAHLKREISEN 2005

WIESBADEN – Der Bundeswahlleiter teilt mit, dass ab sofort die Strukturdaten für die Bundestagswahlkreise 2005 vorliegen. Es handelt sich dabei zum Beispiel um Angaben über Bevölkerung, Wirtschaft, Bildung, die Arbeitslosigkeit und die Struktur der sozialversicherungspflichtig Be-

schäftigten in den 299 Wahlkreisen.

Das Heft 1 „Ergebnisse und Vergleichszahlen früherer Bundestags-, Europa- und Landtagswahlen sowie Strukturdaten für die Bundestagswahlkreise“ zur Wahl zum 16. Deutschen Bundestag, in dem diese Daten veröffentlicht werden, enthält darüber

hinaus Vergleichszahlen aus früheren Wahlen für die Bundestagswahlkreise sowie Ergebnisse früherer Bundestags-, Europa- und Landtagswahlen nach Ländern.

Weitere Informationen, Bestelldaten sowie Downloaddateien finden Sie auf <http://www.bundeswahlleiter.de>.

# Virtueller Schlagabtausch

Auch im Bundestagswahlkampf 2005 wird die CDU das erfolgreiche Instrument der „Rapid Response“ (Schnelle Reaktion) einsetzen. Dieses innovative Wahlkampf-Tool wird bis zum 18. September der ständige Begleiter von Gerhard Schröder sein. Falschbehauptungen und leeren Versprechen der SPD werden auf der Seite „<http://www.wahlfakten.de>“ klare und verlässliche Fakten gegenübergestellt.

Wahlfakten.de ist ein Angebot der CDU Deutschlands, sich gezielt über die Aussagen der politischen Konkurrenz zu informieren.

Auf dieser Seite werden, bei wichtigen politischen Ereignissen, den Argumenten des politischen Gegners zeitnah und detailliert Fakten gegenübergestellt. Journalisten und politisch interessierte Bürger können sich auf Grundlage der unterschiedlichen Argumente und Fakten schnell ihre eigene Meinung bilden, ohne lange recherchieren zu müssen.

Das Archiv bietet die Möglichkeit, sich jederzeit umfassend und detailliert zu informieren. Dabei werden nicht nur partei-interne Ansichten aufgeführt. Um dem Anspruch der Objektivität nachzukommen,

## INFOTHEK

### ■ Tipp für die Praxis:

Die Plattform hat sich auch hervorragend für die Arbeit an der Basis bewährt. Anhand der Fakten können Sie sich für jede Informationsveranstaltung vorbereiten.

untermauern auch Zeitungs- und Forschungsberichte oder Aussagen unabhängiger Gremien die Gegendarstellungen der CDU.

„Rapid Response“ kommt in den Wahlkämpfen angelsächsischer Länder, vor allem in den USA, schon seit einigen Jahren zum Einsatz und bezeichnet die sofortige Reaktion auf Äußerungen des politischen Gegners. Die CDU verwendete dieses Instrument als erste Partei in Deutschland erstmals im Bundestagswahlkampf 2002. Unmittelbar nach dem Auftritt des Kanzlers auf dem Nürnberger Bundesparteitag der SPD am 19. November 2001 wurden damals auf der neuen Internetplattform die wichtigsten Fakten, gegliedert nach den Originalzitate seiner Rede, wid-derlegt.

The screenshot shows the website interface with a search bar, navigation menu, and a main article. The article title is 'Gerhard Schröder: Gerhard Schröder behauptet, der Bundesrat sei als Blockadeinstrument missbraucht worden.' The text discusses the Bundestag's role in the legislative process and mentions the CDU's 'Rapid Response' strategy.

04.8.2005 14:50:11

**teAM**  
ZUKUNFT  
Deutschland braucht den Wechsel - helfen Sie mit!

**Gerhard Schröder**  
Gerhard Schröder behauptet, der Bundesrat sei als Blockadeinstrument missbraucht worden:

„Ich glaube, dass wenn das Volk sagt, am 18. September, der Kurs, den wir da vorgeschlagen haben ist richtig, dann werden die Blockademöglichkeiten des Bundesrates aufhören.“

**Fakt:**

**Keine Blockade des Bundesrates...**

Von 94 Gesetzen, die in den Vermittlungsausschuss verwiesen wurden, scheiterte nur eines endgültig an der Union - ein Gesetz zur Änderung des Verfallensverbotsgesetzes von 2003. Bei allen anderen Gesetzen haben Union und Rot-Grün im Vermittlungsausschuss einen Konsens gefunden. (Quelle: [Bundestag](#))

...sondern der rot-grünen Koalition

Bis Mitte Juni 2005 hat der Bundesrat in dieser Legislaturperiode mit unterschiedlichen Mehrheiten dem Bundestag 111 Gesetzentwürfe zur weiteren Beratung übersandt. Davon wurden vom Bundestag 30 Gesetze abgelehnt und 59 Gesetze überhaupt nicht oder höchstens in erster Lesung behandelt. Ganze 22 Gesetzentwürfe wurden verabschiedet oder haben

Internet

Auszug aus dem Rapid Response-Einsatz anlässlich des Auftritts des Bundeskanzlers bei Sabine Christiansen am 31. Juli 2005

Jörg Schönbohm

## Was bleibt von Rot-Grün?

**Sieben Jahre Rot-Grün in der Regierungsverantwortung haben genügt, um den Befund zu erheben: Die Analyse ist ernüchternd.**

In ihrer Mehrzahl beginnen die Bürger zu ahnen, dass die Lage des Landes ernst ist und dass sie dieser Politik besser ihr Vertrauen nicht geschenkt hätten. Die Sorge um den Arbeitsplatz, die Perspektivlosigkeit und die fehlende Sicherheit bestimmen diese Einstellung, vielleicht noch mehr das Gefühl der Ohnmacht, getäuscht worden zu sein. Der Vertrauensverlust sitzt tief.

Alles schien dabei anfangs so einfach. Die Generation der 68er propagierte Freiheiten, huldigte dem Tabubruch, forderte eine neue, bessere Moral, unbekümmerte Partylaune, keine Konventionen und Zwänge. Viele sind darauf hereingefallen, haben sich im Mainstream der Moderne mitziehen lassen. Zwar hat es an Mahnungen nicht gefehlt, wer aber schon wollte zu den Konservativen gerechnet werden. Zumal das, was hätte bewahrt werden können und müssen, eben gerade endlich überwunden



Jörg Schönbohm

schien. Auch Lemminge haben – bis dann zum Abgrund – Spaß am Mitlaufen.

---

### Tabubruch- Kultur

Wer Tabubruch mit Mut verwechselt, wer sich gerne auf Kosten anderer amüsiert, wem Sofortbefriedigung seiner Wünsche, wem Egoismus höchstes Ziel ist, dem geht wohl auch der Bezug zur Realität irgendwann verloren. Der Vorwurf wird zu Recht erhoben: Die rot-grüne Politik hat diese „Tabubruchkultur“ der Spaßgesellschaft um der Macht und ihres Erhalts willen nach Kräften gefördert, von willigen Kräften unterstützt, auch von denen in den Me-

Es war ausgerechnet Walter Jens, der das „Vor-den-Kopf-stoßen als erzdemokratische Tugend“ der 68er-Generation propagierte. Der beredete linke Rhetorik-Professor lieferte wie viele andere damit seinen Beitrag zur rot-grünen, vermeintlich gelungenen Synthese von Macht und Moral, deren Scheitern sich jetzt – besonders weil die Kassen geplündert sind – offenbart. Aufbruch einer politischen Kaste, um an die Schalthebel der Macht zu kommen, begleitet vom Vexierbild moralischer Überlegenheit, und jetzt ihr Fall, ein Trümmerfeld hinterlassend.

---

### Marsch durch die Institutionen

Der „lange Marsch durch die Institutionen“ hat eben diese deformiert, und eine Gesellschaft hinterlassen, die ernste Krankheitssymptome aufweist. Und so wie nach dem Ende des real existierenden Sozialismus ist das Ergebnis auch hier nahezu gleich: der Kapitalstock verwüstet, von der Substanz gezehrt, das Wertefundament beschädigt. Das permanente

„Vor-den-Kopf-stoßen“ war und ist bisher also stets mehr als nur jugendlicher Überschwang, Spontitum und gar Idealismus gewesen: die sich altruistische und modern gebende Verbrämung ihres rigiden Weges zur Macht. Der Tabubruch als höhere Moral: Dies Tugend zu nennen, gelingt nur, wem nichts mehr Respekt gebietet.

### Regierungsverantwortung?

Die deutsche Sozialdemokratie ist diesmal nicht nur in der Regierungsverantwortung gescheitert, weil ihre Theorie mit der Praxis eben nicht in Einklang zu bringen ist, sondern auch, weil sie sich mit den Grünen und deren moralischer Hybris eingelassen hat: als Synthese der Utopie des allum-

sorgenden Sozialstaates mit dem Gefühlswert einer höheren Moral. Nichts hat darum Rot-Grün auch mehr gefürchtet als die Souveränität des Einzelnen, seine Entscheidungsfreiheit und den damit eröffneten Verfügungsraum für den Einzelnen.

### Werte sind verschoben

Die Veränderung der Moral, zutreffender wohl Verbiegung der Werte, weist in vielen Bereichen der Gesellschaft tiefe Spuren auf. Selbst wenn auf den ersten Blick die Zerrüttung der Staatsfinanzen und die desaströse Situation des Arbeitsmarktes ins Auge fallen, die Verbiegung der Werte ist schlimmer. Wie soll ohne Wille zur Veränderung des bislang so Angenehmen, wie soll ohne Übernahme von Verantwortung für das eigene Leben, wie sollen ohne Disziplin und Strebsamkeit, ohne die Bereitschaft, sich für den Erfolg auch zu quälen, Missstände behoben und das Land wieder nach vorn gebracht werden? Niemand wird die Staatsfinanzen, die Kassen der sozialen Sicherung wieder in Ordnung bringen, niemand kann der Wirtschaft die Rahmenbedingungen eröffnen, damit

sich Leistung wieder lohnt und Arbeitsplätze entstehen können, wenn nicht wirklich auch angepackt wird.

### Schluss mit der Selbsttäuschung

Die 68er Generation hat die gesellschaftspolitischen Verhältnisse in unserem Land ändern wollen... und sie hat ihr Werk fast vollendet: durch Relativierung von Ehe und Familie als Keimzelle unserer Gesellschaft, durch Angleichung gleichgeschlechtlicher Lebensgemeinschaften an die grundgesetzlich geschützte Ehe, durch Öffnung hin zur multikulturellen und parallelen Gesellschaft, durch eine „Erziehung“ zur Beliebigkeit, durch eine die Egalität fördernde Bildungs- und Hochschulpolitik, um nur einiges zu nennen.

Schluss mit der Selbsttäuschung! Wir müssen Ernsthaftigkeit und Grundsatztreue gegen Beliebigkeit, Prinzipienlosigkeit und Pflichtvergessenheit setzen. Ohne eine Politik, die auf Werten basiert, wird nichts wieder gut. Wagen wir also den Wandel!

**Jörg Schönbohm** ist Innenminister des Landes Brandenburg und Mitglied des Präsidiums der CDU Deutschlands.



#### WEB-TIPP

##### Wahlkampf im Internet

[www.election.de](http://www.election.de)

[www.kampagne05.de](http://www.kampagne05.de)

[www.wahlkampf2005.net](http://www.wahlkampf2005.net)

<http://www.kandidaten-watch.de/>

[www.politik-digital.de](http://www.politik-digital.de)



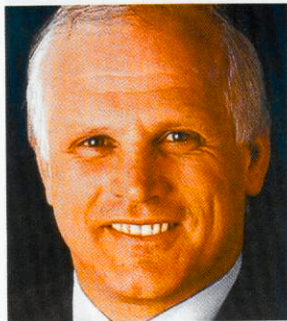
# Gesunde Lebensmittel, innovative Landwirtschaft

Die Union hat ihr neues Agrarprogramm vorgestellt. Im Mittelpunkt der neuen Verbraucher- und Agrarschutzpolitik der Union steht die Souveränität des Verbrauchers und die wirtschaftliche Bedeutung der Agrar- und Ernährungsbranche.

Deutschland braucht eine Agrar- und Verbraucherschutzpolitik, die sich nicht an Ideologien und Wünschen orientiert, sondern an der Realität. Im Mittelpunkt der neuen Verbraucher- und Agrarschutzpolitik der Union steht deshalb die Souveränität des Verbrauchers und die wirtschaftliche Bedeutung der Agrar- und Ernährungsbranche. Das Agrarprogramm von CDU und CSU setzt hierfür neue Prioritäten:

## Die Verbraucher werden nicht länger für dumm verkauft!

Rot-grüne Verbraucherschutzpolitik bestand im Wesentlichen darin, den Verbrauchern Verhaltensvorschriften zu machen. Die Union glaubt im Gegensatz zur Bundesregierung an die Fähigkeit der Verbraucher, eigenständig richtige Kaufentscheidungen treffen zu können. Durch die



Peter Bleser, MdB, ist Vorsitzender des BFA Verbraucherschutz und Agrarpolitik

Weiterentwicklung der gesetzlich vorgeschriebenen Informationspflichten soll eine bessere Hilfestellung im Einkaufsalltag geleistet werden. Verbraucher und Wirtschaft müssen auf einer Augenhöhe stehen. Der von Rot-Grün bewusst eingesetzte Keil zwischen Verbrauchern und Wirtschaft diene weniger dem Verbraucherschutz als der eigenen Profilgestaltung. Effektiver Verbraucherschutz ist kein Kampf, er besteht im Interesse aller Marktbeteiligten.

## Investitionsstau auflösen!

Allein durch den Rückgang der Bautätigkeit in der Landwirtschaft seit dem rot-grünen Regierungswechsel gehen dem ländlichen Raum jährlich Investitionen in dreistelliger Millionenhöhe ver-

loren. Mitverantwortlich für die allgemeine Verunsicherung und Investitionszurückhaltung waren nationale Alleingänge, die immer wieder zu einer Benachteiligung der deutschen Landwirtschaft geführt haben. Dabei sollte es mittlerweile zum politischen Einmaleins zählen, dass Verbraucher-, Tier- oder Umweltschutz in einem gemeinsamen Binnenmarkt grundsätzlich nicht durch nationale Alleingänge geregelt werden können.

## Innovationsbremse lösen!

Die Innovationsfähigkeit ist der beste Verbündete der deutschen Wirtschaft im Wettbewerb. Deshalb wird die Förderung von innovativen Unternehmen im Mittelpunkt der ländlichen Strukturpolitik stehen und Beschäftigungspotential in den ländlichen Regionen erhalten und neu erschließen. Die Technologiefeindlichkeit der Bundesregierung hat in Zukunftsfeldern wie den nachwachsenden Rohstoffen und der Bioenergie große wirtschaftliche Potentiale brach liegen lassen, die unter einer unionsgeführten Bundesregierung endlich genutzt werden.

Volker Kauder

## Danke, Klaus Wowereit!

**Zu Diskussion innerhalb der SPD über ein rot-rotes Bündnis erklärte CDU-Generalsekretär Volker Kauder:**

Klaus Wowereit hat sich gleich in doppelter Hinsicht Verdienst erworben: Zum einen spricht er bereits zum zweiten Mal offen aus, dass die SPD bereit ist für ein Bündnis mit der erweiterten PDS. Beteuerungen des Gegenteils nimmt seit Wowereits Worten der SPD niemand mehr ab.

Zum anderen zeigt Wowereits erneute Einlassung, wie demontiert die SPD-Führung ist: Schröders und



Volker Kauder

Münteferings Appelle werden selbst in den eigenen Reihen nicht mehr gehört; offenbar haben der Kanzler und der Parteivorsitzende bei den Sozialdemokraten nicht mehr viel zu sagen.

Dank an Klaus Wowereit dafür, dass er die Kräfteverhältnisse in der SPD so offen legt.

Wowereits Vorstoß macht klar: Deutschland hat im September die Wahl zwischen einer stabilen und zuverlässigen Regierung, die sagt, was sie macht, und macht, was sie sagt – und einem rot-roten Bündnis, das unser Land immer weiter in die Krise führt. Und welchen Schaden ein rot-rotes Bündnis anrichtet, auch dafür geben Wowereit und seine Politik in Berlin ein beredtes Beispiel.

### ZITATE

*„Auf längere Sicht das auszuschließen, dass es zu unterschiedlichen Konstellationen kommen kann, wäre falsch“*

*„Alles ist offen, es sind noch zwei Monate Zeit“*

**Ottmar Schreiner;** Vorsitzender der SPD-Arbeitsgemeinschaft für Arbeitnehmerfragen, „Bild am Sonntag“, 24.7.2005

*„Sollte sich die Linkspartei bundesweit etabliert haben und eine verlässliche Politik machen, könnte das ganz anders aussehen.“*

**Klaus Wowereit;** SPD, Regierender Bürger-

meister von Berlin, über eine SPD/ PDS-Koalition im Bund, Financial Times Deutschland, 29.07.2005

*„Sollten Union und FDP keine Mehrheit erzielen, wird man neben Schwarz-Rot auch Rot-Rot-Grün in Betracht ziehen. Aber ich bin mir sicher: In der Wahlnacht kommt alles auf den Prüfstand.“*

**Sigrid Skarpelis-Sperk,** BILD, 25.7.2005

*„Das kann man nicht ausschließen. Wer weiß schon, was in vier oder acht Jahren ist“*

**Juso-Chef Böhning,** Die Welt vom 2.8.2005

## Nürnberg plündert Berlin

**Eichels und Clements Fehleinschätzung der Arbeitsmarktkosten reißt neue Milliardenlöcher in den Bundeshaushalt.**

Bei der Nürnberger Mammutbehörde Bundesagentur für Arbeit drohen bis zum Ende des Jahres Mehrausgaben von bis zu 3 Mrd. €. Steigende Arbeitsmarktausgaben plündern den Bundeshaushalt und treiben die Neuverschuldung weiter in die Höhe.

Durch sinkende Beitragseinnahmen, höhere Transferzahlungen und davon laufen-



Steffen Kampeter

de Kosten unnützer arbeitsmarktpolitischer Instrumente wie der Ich-AG gerät der Haushalt der Bundesagentur für Arbeit (BA) ins Wanken. Nach nur 7 Monaten beträgt die Lücke bereits 3,7 Mrd. €. Der mit 4 Mrd. € geplante Bundeszuschuss ist für dieses

Jahr fast ausgeschöpft. Rot-Grün kriegt die Arbeitslosigkeit nicht in den Griff. Deshalb fliegen der Regierung die explodierenden Arbeitsmarktausgaben um die Ohren. Das rot-grüne Gerede vom Licht am Ende des Tunnels erweist sich einmal mehr als leeres Gerede. Mehr Beschäftigung lässt sich nur durch mutige Strukturreformen bei den Steuern und in den Sozialversicherungssystemen erzielen. Für derartige Veränderungen fehlt der rot-grünen Koalition nicht nur der Mut, sondern auch die politische Kraft.

**Steffen Kampeter** ist der haushaltspolitische Obmann der Bundstagsfraktion.

## teAM ZUKUNFT WÄCHST UND WÄCHST

**Mittlerweile ist die 7000er-Grenze überschritten. Als 7000stes Mitglied konnte Christian Doertenbach aus Dreieich bei Frankfurt/M. im Team begrüßt werden.**

CDU-Bundesgeschäftsführer Johannes von Thadden bedankte sich bei dem Neumitglied dafür, dass er sich für den politischen Neuanfang in Deutschland einsetzen möchte: „Wir freuen uns, dass sich seit Start der Kampagne bereits Tausende Bürgerinnen und Bürger als Unterstützer registriert haben. Christian Doertenbach, herzlich willkommen im Team“, so von Thadden.

„Ich bin Unterstützer im Team geworden, weil wir den Wechsel brauchen und ich Angela Merkel vertraue“, begründete Doertenbach, Student der Internationalen BWL, seine Motivation, sich für die Union zu en-



gagieren. Als kleines Begrüßungsgeschenk überreichten Johannes von Thadden und Iliane Dingel-Padberg, ehrenamtliche Mitarbeiterin in der CDU-Wahlkampfzentrale, dem Neumitglied ein teAM Zukunft-T-Shirt.

## Rot-Grün uneins über Ehegattensplitting

Der im Wahlprogramm der Grünen formulierte Vorschlag, das Ehegattensplitting abzuschaffen, ist auf große Verwunderung gestoßen.

Hatte die Bundesregierung doch erst vor wenigen Tagen in der Antwort auf eine schriftliche Anfrage der Union betont, das Ehegattensplitting beizubehalten und nicht durch eine andere verfassungskonforme Ersatzregelung zu ersetzen. Wie in so vielen Handlungsbereichen klaffen auch hier die Vorstellungen und Ziele der rot-grünen Koalitionspartner weit auseinander.

Das Ehegattensplitting ist Ausdruck des besonderen grundgesetzlichen Schutzes nicht nur der Ehe sondern vor allem der Familie und muss als solches erhalten bleiben. Es ist keine Steuervergünstigung, sondern Ausdruck der Lebens- und Verantwortungsgemeinschaft Ehe.

Das Ehegattensplitting dient der Wahlfreiheit der Eltern, Familie und Erwerbstätigkeit ihren Wünschen entsprechend gestalten zu können.

90% der Ehepaare haben laut Studie des Deutschen



Maria Eichhorn

Instituts für Wirtschaftsforschung (DIW) Kinder. 65% der Ehepaare wird Kindergeld gewährt. Ein großer Teil dieser Familien wäre von einer Streichung des Ehegattensplittings betroffen, vor allem Familien, in denen ein Elternteil wegen der Kindererziehung die Erwerbstätigkeit einschränkt oder darauf verzichtet.

Eine solche Maßnahme ist nicht nur verfassungswidrig, sondern diskriminiert familiäre Erziehungsarbeit.

Die 10% der Ehepaare, die keine Kinder haben, sind in der Regel beide erwerbstätig. Da sie häufig ein Einkommen in ähnlicher Größenordnung erzielen, profitieren sie kaum vom Ehegattensplitting. Das Ziel, Finanzmittel von den Kinderlosen zu den Familien umzuschichten, kann über eine Beibehaltung des Ehegattensplittings am besten erreicht werden.



Katherina Reiche

**Maria Eichhorn** ist familienpolitische Fraktionssprecherin.

## Ausbildungshemmnisse beseitigen – Lehrlingsvergütung auf den Prüfstand

**Die Situation auf dem deutschen Ausbildungsmarkt ist angespannt wie noch nie. Im Interesse der Jugendlichen müssen alle Ausbildungshemmnisse beseitigt werden.**

Auch die Lehrlingsvergütung gehört auf den Prüfstand. Gerade für kleinere Betriebe ist sie oft die entscheidende Hürde für die Einstellung von Auszubildenden.

Der Vorschlag des DIHK-Vorsitzenden, die Ausbildungsvergütung bei 270 € zu pauschalisieren, ist deshalb ein ernst zu nehmender Zwischenruf. Im Detail dürfte er

zwar problematisch sein, da unterschiedliche Anforderungen und Qualifikationsvoraussetzungen für einzelne Ausbildungsgänge erforderlich sind.

CDU und CSU wollen größere Freiräume bei der Lehrlingsvergütung schaffen, damit sich Ausbildung für die Betriebe wieder rechnet. Die CDU/CSU-Bundestagsfraktion hatte in ihrem Gesetzentwurf zur Novellierung des Berufsbildungsgesetzes einen Abweichungsspielraum von 30 Prozent von der tariflichen Vergütung vorgesehen. Daran können wir nach der Bundestagswahl wieder anknüpfen. Eine Lösung wäre auch im Rahmen eines erweiterten Ausbildungspaktes möglich.

**Katherina Reiche** ist bildungspolitische Fraktionssprecherin.

## Sicherheitspolitische Kakophonie zeigt Konzeptlosigkeit der SPD

**Einmal mehr zeigt sich, dass sicherheitspolitische Einsicht bei den Sozialdemokraten nur eine sehr geringe Halbwertszeit besitzt.**

Gestern noch schien die SPD ihren ideologischen Kampf gegen sicherheitspolitische Notwendigkeiten



Hartmut Koschyk

zumindest in Teilen aufgegeben zu haben, heute bläst sie wieder zum Angriff auf die Vernunft. Selten sprach die Sozialdemokratie beim Thema Innere Sicherheit mit einer Stimme, doch die nun ausgebrochene Kakophonie lässt nur einen Rückschluss auf das Konzept der SPD für mehr Sicherheit in Deutschland zu: Es gibt keins.

Zum Schutze der Bevölkerung vor terroristischen Bedrohungen fordert die CDU/CSU-Bundestagsfraktion seit langem eine entsprechende Änderung des Grundgesetzes. Dieser hat sich Rot-Grün stets verweigert und setzte stattdessen auf die rechtlich fragwürdige Konstruktion des Luftsicherheitsgesetzes. Nun, da dieses Gesetz beim Bundesverfassungsgericht liegt, erwägt der innenpolitische Sprecher der SPD-Bundestagsfraktion plötzlich doch eine Klarstellung im Grund-

gesetz. Entsprechend äußert sich Bundesinnenminister Schily, der den Einsatz der Bundeswehr im Innern kürzlich noch als „Militarisierung der Gesellschaft“ diffamierte. Was letzte Woche noch wie ein zaghafter Schritt in die richtige Richtung erschien, offenbart sich nun jedoch als weiteres Fragment sozialdemokratischen Stückwerks. Kunstvoll winden sich die Sozialdemokraten zwischen ihren Vorstellungen und der Realität: Ja, eine Klarstellung im Grundgesetz, nein keine Bundeswehr im Innern – wenn, nur ein wenig, vielleicht Amtshilfe oder doch nicht? Dieses unwürdige Gebaren schafft Verunsicherung in der Bevölkerung und bei den Verantwortlichen der Sicherheitsbehörden sowie der Bundeswehr.

Gänzlich schizophren wirkt die Sicherheitsdebatte bei Rot-Grün, wenn man angesichts der Erklärungen des innenpolitischen Sprechers der SPD-Bundestagsfraktion die aktuellen Forderungen des verteidigungspolitischen Sprechers der SPD-Bundestagsfraktion bezüglich der Auslandseinsätze der Bundespolizei betrachtet. Fordert er doch, dass Beamte der Bundespolizei auch gegen ihren Willen in Auslandseinsätze geschickt wer-



Wolfgang Zöllner

den sollen, um die Bundeswehr in Krisengebieten zu entlasten, in denen die Grenzen zwischen zivilen und militärischen Aufgaben rasch unscharf werden können.

Das derzeitige Verhalten der SPD ist verantwortungslos und unterstreicht deren Unfähigkeit, auf die Herausforderungen des Internationalen Terrorismus angemessen und klug zu reagieren.

CDU und CSU haben im innenpolitischen Teil ihres Regierungsprogramms ihr schlüssiges Konzept für mehr Sicherheit umfassend dargestellt. Wir setzen auf eine zweckmäßige Bündelung aller Kräfte zur Abwehr der terroristischen Bedrohungen. Dabei sollen keine Panzer durch Innenstädte patrouillieren, sondern die Bundeswehr im Inneren nur dort ergänzend eingesetzt werden, wo die Polizei dies nachweislich nicht leisten



Andreas Storm

kann. Dies ist beispielsweise für Angriffe aus der Luft oder mit biologischen oder chemischen Kampfmitteln der Fall. Deutschland kann sich keine Schutzlücken leisten

**Hartmut Koschyk** ist der innenpolitische Fraktions-sprecher.

## Rot-Grün macht Rentenkasse zum Bittsteller

**Jetzt ist die Katze aus dem Sack. Der Rentenkasse steht das Wasser bis zum Hals. Nach sieben Jahren Rot-Grün wird sie zum Bittsteller. Am Jahresende klappt ein Rentenloch in Höhe von 400 Mio. Euro.**

Der Finanzminister muss der klammen Rentenkasse mit einem Darlehen aushelfen, damit die Renten pünktlich gezahlt werden können. Das hat es bisher überhaupt noch nie gegeben! Die Ren-

tenversicherung hat die Nase voll von den Zahlenakrobaten aus dem Hause von Ulla Schmidt und hat die Zahlen auf den Tisch gelegt. Was tut die Bundesregierung? „Es gibt kein Rentenloch“, posaut ihr Sprecher. Was muss eigentlich noch passieren, damit diese Regierung zurück in die Realität findet?

Das ständige Gesundbeter Rentenfinanzen ist typisch für Rot-Grün. Wer den Menschen aber immer wieder Sand in die Augen streut, braucht sich nicht zu wundern, dass man ihm kein Wort mehr glaubt. Wir brauchen eine qualitative Neuausrichtung der Politik. Wir brauchen eine Trendwende am Arbeitsmarkt. Die Bekämpfung der Massenarbeitslosigkeit steht deshalb ganz oben auf der Agenda der Union. Denn nur mit mehr Beitragszahlern lassen sich die Probleme, auch und gerade der Rentenversicherung, lösen.

Eine ehrliche und verlässliche Politik ist das, was Deutschland jetzt am nötigsten braucht. Dafür steht die Union, die mit ihren Konzepten in der Arbeitsmarkt- und Wirtschaftspolitik die Zeichen für einen Neuanfang setzt.

**Wolfgang Zöllner** ist stellvertretender Fraktionsvorsitzender, **Andreas Storm** ist sozialpolitischer Sprecher.

**Deutschlands Chancen nutzen.  
Regierungsprogramm 2005-2009**

Bestell-Nummer: **5245**  
Preis je 50 Stück: **22,00 €**  
inkl. MwSt.: 23,54 €



**Folder  
„Wo die Union regiert, geht es den  
Menschen besser.“ (Ländervergleich)**

Bestell-Nummer: **2865**  
Preis je 50 Stück: **15,25 €**  
inkl. MwSt.: 16,32 €



**Broschüre  
„7 Jahre Rot-Grün – eine Bilanz“**

Bestell-Nummer: **5210**  
Preis je 100 Stück: **21,00 €**  
inkl. MwSt.: 22,47 €





### Plakat „Rot-Grün gescheitert“

DIN A1

Bestell-Nummer: **7211**

Preis je 50 Stück: **21,00 €**

inkl. MwSt.: 24,36 €

DIN A0

Bestell-Nummer: **7212**

Preis je 50 Stück: **39,00 €**

inkl. MwSt.: 45,24 €

### BESTELLANSCHRIFT

arvato logistics services  
Bertelsmann-Versandzentrum  
Postfach 1162, 33759 Versmold  
Telefax 05241-8041892  
e-mail:  
cdu-shop@bertelsmann.de